Förmliche Zustellung

Amtsgericht Münster - Postfach 6165 - 48136 Münster
Telefon 02 51/49 40

Geschäftsnummer:
3 C 3993/15

Bezeichnung des Schriftstücks:
LT 17.05.2016; bAbV 19.04.16

Weitersenden innerhalb des

( ) Bezirks des Amtsgerichts
( ) Bezirks des Landgerichts

(X) Inlandes

Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland
Alte Dorfstr. 7
31737 Rinteln

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke:

( ) Ersatzzustellung ausgeschlossen.
( ) Keine Ersatzzustellung an:

( ) Nicht durch Niederlegung zustellen.
( ) Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.

31737 Rinteln

Vorblatt zur Zustellungssendung

Wichtiger Hinweis:

Mit dieser Sendung werden Ihnen in gesetzlich vorgeschriebener Form die im Umschlag enthaltenen Schriftstücke förmlich zugestellt. Die förmliche Zustellung eines Schriftstücks dient dem Nachweis, dass dem Adressaten in gesetzlich vorgeschriebener Form Gelegenheit gegeben worden ist, von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen, und wann das geschehen ist.

Den **Tag der Zustellung** vermerkt der Zusteller auf dem Umschlag. Bitte bewahren Sie den Umschlag und dieses Vorblatt zusammen mit den darin enthaltenen Schriftstücken auf. Er dient in Zusammenhang mit diesem Vorblatt als Beleg, wenn Sie angeben müssen, welche Schriftstücke Ihnen wann zugestellt worden sind.

Wird der Zustellungsadressat oder eine zum Empfang des Schriftstücks berechtigte Person in der angegebenen Wohnung oder in den angegebenen Geschäftsräumen nicht angetroffen, kann das Schriftstück in einen zu der Wohnung oder dem Geschäftsraum gehörenden Briefkasten eingelegt werden. Mit der Einlegung gilt das Schriftstück als zugestellt.

Unwiderrufliche Zurückweisung wg. Verstoß gg. GG Art. 103/analog
==========

Entzug des rechtlichen Gehörs unter Vorsatz:
GG Art. 103 Rn. 31 Großer Kommentar zum Grundgesetz von Mangoldt, Klein, Starck, 4 Auflage (nichtige Zustellung durch die privatisierte P.O.S.T. AG - u. a.) - somit ergeht Besorgnisrüge wg. Verstoß gegen Gesetz und Recht (vgl. Verfassungsbruch).

Amtsgericht Münster

-3- Amtsgericht Münster - Postfach 6165 - 48136 Münster

Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland
Alte Dorfstr. 7
31737 Rinteln

19.04.2016

Aktenzeichen
3 C 3993/15
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter
Herr Last
Durchwahl
02 51/4 94-2478

Ladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Rechtsstreit Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland gegen Binder lade ich Sie auf Anordnung des Gerichts zum Verhandlungstermin am

Dienstag, 17.05.2016, 14:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 116 B, Gerichtsstr. 2-6, 48149 Münster.

Am Eingang des Gerichts finden Einlasskontrollen statt. Dort können Wartezeiten entstehen. Richten Sie sich bitte hierauf ein, damit Sie rechtzeitig im Gerichtssaal sein können. Führen Sie bitte ein gültiges Ausweispapier (Personalausweis, Reisepass oder einen gleichgestellten Identitätsnachweis) mit.

Beachten Sie bitte unsere wichtigen Hinweise und bringen Sie dieses Schreiben mit.

Personalausweis / Reisepass der Bundesrepublik ? im Staat Deutschland (vgl. Germany) ???

Abgelehnt... und unwiderruflich zurückgewiesen, wegen u. a. auch der Aufforderung zur "Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" (vgl. §§ 86, 86a StGB/analog) und der offenkundigen Volksverhetzung und zur Aufforderung zu Straftaten (vgl. §§ 130, 130a StGB/analog) durch Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis, Personalausweis) der Firma Amtsgericht Münster (vgl. hier [ohne Vornamen] LAST als Justizbeschäftigter der Firma Amtsgericht Münster), zum Nachteil des gesamten deutschen Volkes.

Anschrift
Gerichtsstr. 2-6
48149 Münster
Sprechzeiten
Mo. - Fr. 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr; Mo. 14:00 Uhr - 15:00 Uhr
Telefon
02 51/49 40
Telefax:
0251/494-2580
E-Mail: poststelle@ag-muenster.nrw.de

Nachtbriefkasten: Gerichtsstr. 2-6, 48149 Münster
Konten der Gerichtskasse Münster: Deutsche Bundesbank, Filiale Dortmund
IBAN DE10 4400 0000 0040 0015 10, Postbank Dortmund
IBAN DE67 4401 0046 0000 186 467
Schalterstunden:
Schalterstunden: 9:00 Uhr - 12:00 Uhr
Verkehrsanbindung:
Öffentliche Verkehrsmittel: Bus vom Hauptbahnhof: Linie 11, 12, 13 und 22, Haltestelle Landgericht; Anreise mit dem Pkw: Parkplatz: Schlossplatz-Süd an der B 54/B219

Mit freundlichen Grüßen
Last
Justizbeschäftigter

(vgl. §§ 123, 125, 126, 138, 142 BGB/analog i. V. mit § 138 StGB/analog)

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Wichtige Hinweise zur Ladung vom 19.04.2016
Geschäftsnummer 3 C 3993/15

Was geschieht, wenn niemand für Sie den Termin wahrnimmt?
Wenn Sie nicht zum Termin kommen und sich auch nicht vertreten lassen, können Sie den Prozess allein deshalb verlieren. Es kann dann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder, falls bereits in einem früheren Termin mündlich verhandelt worden ist, eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331 a ZPO); in diesem Fall müssten Sie auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite tragen (§ 91 ZPO). Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner gegen Sie zudem die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).
Beachten Sie, dass eine Vertretung nur durch die in § 79 Abs. 2 ZPO genannten Personen möglich ist, beispielsweise durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt oder durch volljährige Familienangehörige als Bevollmächtigte.
Sie sind zum Termin verhindert – was ist zu tun?
Wenn Sie sich nicht vertreten lassen, müssen Sie zur Vermeidung von Nachteilen selbst zum Termin erscheinen. Der Termin wird nur verlegt, wenn Sie aus **zwingenden persönlichen** Gründen - z.B. ernsthafte Erkrankung, bereits fest gebuchter Urlaub - nicht kommen können. Teilen Sie uns das bitte sofort mit und fügen Sie Belege bei (z.B. ein Attest, eine Reisebestätigung). Für Rückfragen geben Sie bitte Ihre Telefonnummer an. Wenn wir Ihre Absage nicht bestätigen, müssen Sie zum Termin kommen.

Sie können die Reisekosten nicht bezahlen?
Wenn Sie mittellos sind, können Sie beim *Amtsgericht Münster* einen Reisekostenvorschuss beantragen. Sofern Sie im Inland wohnen, können Sie in Eilfällen den Antrag auch bei dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Amtsgericht stellen. Der Antrag muss rechtzeitig **vor** Antritt der Reise gestellt werden.

Nichtigkeit wegen Formmangel ohne Unterschrift keine Gültigkeit

SOFORTIGE ABLEHNUNG / UNWIDERRUFLICHE ZURÜCKWEISUNG
.....
wegen dem Verdacht des vorsätzlichen Verstoßes gegen Gesetz und Recht.
(ggf. auch wegen dem Verdacht der/des Amtsanmaßung, Betruges, Erpressung, Folter, Landes- und Hochverrat, Nötigung, Rechtsbruch, Täuschung im Rechtsverkehr, Verfassungsbruch, u. a.).
.....
(Antrag auf ein Revisionsverfahren wegen Verstoß gegen Gesetz und Recht, Verletzung des rechtlichen Gehörs, u. a., sowie Strafantrag/Strafverfolgung, Antrag auf ein Disziplinarverfahren und Dienstaufsichtsbeschwerde).

3 C 3993/15

Beglaubigte Abschrift

Wer hat denn eine ABSCHRIFT beantragt oder bestellt?

Verfügung

In dem Rechtsstreit
Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland gegen Binder

wird **Verhandlungstermin** bestimmt auf

Dienstag, 17.05.2016, 14:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 116 B, Gerichtsstr. 2-6, 48149 Münster.

Münster, 19.04.2016
Amtsgericht

Kowalski
Richter am Amtsgericht

Abgelehnt / Unwiderrufliche Zurückweisung !!!
(vgl. §§ 123, 125, 126, 138, 142 BGB/analog
i. V. mit § 138 StGB/analog)

Beglaubigt

Last
Justizbeschäftigter

Amtsgericht 49 Münster

Was will der kriminelle NAZI-Bedienstete [ohne Vornahmen] Last hier als Justizbeschäftigter denn BEGLAUBIGT haben? Das der kriminelle NAZI-Richter Jan-Peter Kowalski eben nicht entsprechend der gesetzlichen Vorschrift unterschrieben hat? FAKT ist doch... selbst wenn der kriminelle NAZI-Richter Jan-Peter Kowalski mit KOWALSKI unterschrieben hätte... würde das eben auch nicht der gesetzlichen Vorschrift entsprechen (vgl. §§ 125, 126 BGB).

Auch mit diesen Offenkundigkeiten (vgl. § 291 ZPO/analog) werden die Bevollmächtigten der WAG-JOH die Kriminellen der Firma Amtsgericht Münster am 17.05.2016 ab 14.00 Uhr im Sitzungssaal 116 B in der Firma Amtsgericht Münster behelligen müssen, um sich nicht selbst der Mittäterschaft an Straftaten der Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis, Personalausweis) der Firma Amtsgericht Münster schuldig zu machen. Es besteht somit auch unmittelbare Anzeigepflicht für jeden Prozessbeobachter der Geschäftsverhandlung am 17.05.2016 in den Geschäftsräumen der Firma Amtsgericht Münster (vgl. § 138 StGB/analog).

Im Anschluß an diese Geschäftsverhandlung werden die Bevollmächtigten der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland als Menschenrechtsorganisation gegen alle kriminellen BRD-Erfüllungsgehilfen der Firma Amtsgericht Münster Strafantrag/Strafverfolgung, Antrag auf ein Disziplinarverfahren und eine Dinstaufsichtsbeschwerde u. a. auch direkt bei den zuständigen Botschaften der Alliierten stellen und diese auch persönlich beim britischen Militärgerichtshof in Sennestadt zum Vortrag bringen.

Justiz-Opfer-Hilfe
Deutschland
www.joh-nrw.net

M E N S C H E N R E C H T S O R G A N I S A T I O N

Weltanschauungsgemeinschaft Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland

gemäß Art. 1-5, 20, 24, 25, 140 GG/analog als anonyme-unabhängige und öffentlich-rechtliche **Körperschaft** nach deutschem Recht (nicht NGO-Recht der BRD) und der **Menschenrechte** und eingetragen in der **Bundesnotarkammer** RG-Nr.: 261 019 3 vom 25.04.2014, sowie durch das **BAG Erfurt** mit Datum 17.10.2013 und dem **OLG Hamm**, 3. Strafsenat mit Datum 27.08.2015 auch gerichtsbestätigt **de jure** tätig.

Die **Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland** als anonyme, **ordnungspolizeiliche** und öffentlich-rechtliche **Körperschaft** zur **Gefahrenabwehr** von Menschenrechtsverletzungen und dem Missbrauch staatlicher Normen in der Bundesrepublik zum Nachteil des **deutschen Volkes** stellt somit auch eine **Gemeinschaft** gemäß A/RES/53/144 der Vereinten Nationen (vgl. VwGO § 40), sowie eine **Gruppe** von lebenden und beseelten **Menschen** gemäß VStGB § 6 (1) dar.

Die **Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland** als **Interim-Amt der Justiz** nach **deutschem Recht** und der **Menschenrechte** ist die Verwirklichung von Rechten des **deutschen Volkes** zur **Förderung**, Umsetzung, **Wahrung** und zum **Schutz** der **staatlichen deutschen Normen** und der **Menschenrechte** vor **Missbrauch** durch Angestellte/**Bedienstete**/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, **Dienststellen**, Gerichte, Verwaltungen in der **Bundesrepublik Deutschland** (vgl. Art. 1, 6, 13, 14, 15 **EMRK** i. V. mit **HLKO**).

Die organischen und **rechtlichen** Strukturen der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland sind **u**. **a**. auch durch die Weimarer Verfassung klar definiert und dürfen **nicht** verändert werden (vgl. Art. 136, 137, 138, 139 und 141 **WRV** i. V. mit Art. **140** GG i. V. mit §§ **92, 138** StGB/analog).

Bei allen **Angehörigen** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland handelt es sich um lebende und beseelte **Menschen** als deutsche **Staatsangehörige** mit unmittelbarer **Reichszugehörigkeit** durch Abstammung und **Geburt** gemäß RuStAG von 1913. **Nicht**-BRD(-OMF)-Angehörige/**Personal** (vgl. **juristische**/natürliche **Personen**) und als **Botschafter**/**Diplomaten** im **Auftrag** des **Staates Deutschland** (vgl. Germany), Deutsches Reich, Germanitien, tätig.

Es besteht **Exterritorialität** nach **Maßgabe** des **Wiener Übereinkommens** über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) zur Bundesrepublik Deutschland (vgl. **WüD**, **WüK**).

Alle **Angehörigen** der **Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland** als lebende und beseelte **Menschen** weisen den BRD-Personalausweis/Reisepass mit der Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ wegen Verstoß gegen Art. **139** GG, sowie wegen dem **Verstoß** gegen das **gültige** Besatzungsrecht und weitere **nationale** und **internationale** Gesetze **unwiderruflich** zurück.

Weltanschauungsgemeinschaft
Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland – Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln
Telefon: 05732 / 90 71 48 9 - Fax: 05262 / 6969895 – Notfallnummer: 0176 / 758 750 38

Eine **Weltanschauungsgemeinschaft** ist ein Zusammenschluss von Menschen zum Zwecke der **gemeinschaftlichen Pflege** einer **Weltanschauung**.

Menschen der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, daß sind Männer und Frauen die miteinander ihre **christliche Lebenserfahrung / ihr Wissen** teilen und ihre geistige **Energie** und **Kraft** darauf verwenden, um anderen **Menschen** in Zeiten ihrer persönlichen **Lebensnot** hilfreich zur Seite zu stehen.

Die **rechtliche Situation in Deutschland** ist durch die **Weimarer Verfassung** klar definiert und den Art. 136, 137, 138, 139 und 141 zu entnehmen die **gemäß** Art. 140 Grundgesetz **für** die Bundesrepublik, **heute** noch gelten.

Die völkerrechtliche Grundlage des Grundgesetz für die Bundesrepublik ist die **HLKO**

Laut gültiger Gesetzgebung wird eine solche Gemeinschaft eine **Vereinigung zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung** bezeichnet.

Der Begriff **Volksgruppe** bezeichnet **ethnische Gruppen** oder **Minderheiten** eines Staates. SHAEF-Gesetz Nr. 52 Art. VII d: Staatsbürgerschaft, Personenvereinigung, Niederlassung im Gebiet. Dies geht aber auch schon aus A/RES/56/83 Art. 9 (Ausfall des Staates – hier das **Deutsches Reich**) hervor, ist ferner aber auch **u**. **a**. der UNO-Resolution 217 A (III), Art. 15, 20 zu entnehmen (vgl. GG Art. 20 (4) - (Widerstands**pflicht**), i. V. mit StGB § 32 - (Notwehr**pflicht**) /Analognormen).

Eine **Diskriminierung** einer **Volksgruppe** oder **Weltanschauungsgemeinschaft** und deren **Angehörige** als ethnische **Gemeinschaft** oder **Minderheit** ist somit **verboten** und im Vertrag der EG, Artikel 13, welcher bisher Grundlage der nationalen Antidiskriminierungsgesetze war, nachzulesen.

Wörtlich heißt es : "**Diskriminierungen** insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der **ethnischen** oder **sozialen** Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der **Religion** oder der **Weltanschauung**, der **politischen** oder sonstigen **Anschauung**, der **Zugehörigkeit** zu einer **nationalen Minderheit**, des Vermögens, der **Geburt**, **einer Behinderung**, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind **verboten**".

Die Grundrechtecharta bindet zum einen die Organe der Union. Zum anderen bindet sie die Organe der **Mitgliedstaaten**, aber nur insoweit diese Unionsrecht ausführen.

Als lebende und beseelte Menschen und Angehörige der WAG-**Volksgruppe Germaniten** des **Interim**-Staates Germanitien sind **Menschen** als Staatsangehörige mit **unmittelbarer** Reichszugehörigkeit (**RuStAG von 1913**) **NICHT**-BRD(-OMF)-Angehörige/Personal und im **Auftrag** des Staates Deutschland (**DR**) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG i. V. mit WüD, WüK) und unterliegen somit auch **nicht** den **BRD-Gesetzen**.

Weltanschauungsgemeinschaft
Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland – Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln
Telefon: 05732 / 90 71 48 9 - Fax: 05262 / 6969895 – Notfallnummer: 0176 / 758 750 38

Abmahnung - Leistungsbescheid - Titulierte Ansprüche - Verfügung - Kraft Gesetz
WAG-JOH/VG Germaniten – Beschluss – RGrundlage = VdDR 1849, 1871 / WRV 1919
Schriftlich zu Protokoll / amtl. Unterlage im Sinne des § 31, Abs. 1 LDG, GG Art. 19 –Zitiergebot-
VwVG §3 Abs. 1/analog, GG Art. 133 / Behörde ist verpflichtet, an die zuständigen Behörden weiterzuleiten.

Justiz-Opfer-Hilfe NRW
DR - Interim - Amt der Justiz und Menschenrechte
Volksgruppe JOH/WAG/VG Germaniten

Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln

Notifikation/Legislation Beschluss/Niederschrift/Urteil/Verfügung

Aktenzeichen/Geschäftsnummer: 3 C 3993/15 u. a. - Kläger WAG-JOH als Interim-Amt der Justiz (nach deutschem Recht) des Staates Preußen und der Menschenrechte gegen die juristische Person BINDER als Bediensteter/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalaausweis) der Firma Stadt Münster.

Sehr geehrte(r) ~~Frau~~/Herr **Jan-Peter Kowalski als Richter am AG Münster**,

bzgl. Ihres **o**. **g**. Anschreibens/Beschluss/Urteil/Verfügung ergeht hiermit eine sofortige **Besorgnisrüge** gegen **Ihre** Person als **privat** Haftende(r) (vgl. § 839 BGB/analog), wegen dem **Verstoß** gegen nationales/internationales Recht, sowie dem direkten **Verstoß** gegen das **gültige** Besatzungsrecht im **Staat Deutschland** (vgl. Germany) zum **Nachteil** deutscher **Staatsangehöriger** mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) und **lebender** und beseelter **Menschen** als direkte **Angehörige** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln. **Sie** als Angestellte(r)/Bedienstete(r)/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis), der Ämter/Behörden/Dienststellen/Gerichte und Verwaltungen der **Bundesrepublik** im **Staat Deutschland** haben die **Rechtmäßigkeit** Ihrer **dienstlichen Handlungen** zum **Nachteil** Angehöriger des **Staates** Deutschland/**Interim-Staat Germanitien** zu **überprüfen** und **Sie** sind dabei an **Gesetz** und **Recht** gebunden (vgl. nationales/internationales Recht).

Darüber hinaus besteht auch für Angestellte/**Bedienstete**/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, **Dienststellen**, Gerichte und Verwaltungen der **Bundesrepublik** im **Staat** Deutschland, **Anzeigepflicht** bei einem begründeten **Verdacht** der Anstiftung/Mittäterschaft an **Straftaten**

(vgl. §§ 86, 86a, 130 **StGB**/analog) zum **Nachteil** deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer **Reichszugehörigkeit** durch Abstammung und **Geburt** (vgl. RuStAG 1913) und **lebender** und beseelter **Menschen** als direkte Angehörige der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln.

Nach **§§ 86, 86a StGB/analog** macht sich somit wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ **strafbar**, wer auch **weiterhin** den Personalausweis/Reisepass der **Bundesrepublik Deutschland** mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von **1934** als **Ausweisdokument** benutzt und/oder **verwendet,** oder auf deren **Verwendung** auch weiterhin **besteht**.

Die Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) **verstößt** nach Offenkundigkeit **u**. **a**. auch gegen **Art. 139 GG/analog** und gegen das **gültige Besatzungsrecht** im **Staat** Deutschland (vgl. § 138 **StGB**/analog).

Somit ergeht an dieser Stelle für **alle** Angestellten/**Bediensteten**/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, **Dienststellen**, Gerichte und Verwaltungen der **Bundesrepublik** im **Staat Deutschland** die **Aufforderung** ihre **gültige Rechtsgrundlage** und **ihre Zuständigkeit** gegenüber deutschen Staatsangehörigen mit unmittelbarer **Reichszugehörigkeit** durch Abstammung und **Geburt** (vgl. RuStAG 1913) und **lebenden** und beseelten **Menschen** als direkte **Angehörige** der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, binnen **7 Tage** nach **Fax**-Eingang **dieses** Schreibens **zu benennen** und unter **Beweis** zu erbringen.

Selbst juristisch **rudimentär** ausgebildete Angestellte/**Bedienstete**/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, **Dienststellen**, Gerichte, Verwaltungen der **Bundesrepublik Deutschland** (vgl. **DEUTSCH**) sollten zwischenzeitlich **eruiert** haben und somit **wissen**, daß es **Form-** und Verfahrens**fehler** ist/**sind**, bzgl. der **o**. **g**. Angelegenheit (nicht Sache) das **deutsche Recht** (vgl. staatliche Normen) gegenüber **Angehörigen** der WAG-JOH zu **mißbrauchen**. Bekanntlich gibt es in der **Bundesrepublik Deutschland** überhaupt **keine** Angestellten/**Bediensteten**/Personal (vgl. Dienstausweis, Personalausweis) oder **Juristen**, die nach **deutschem Recht** zugelassen sind.

Mit Beitritt zur **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland entstand auch ein **Treuhandsverhältnis** mit **vollständiger** Übertragung der **Rechtsmacht**, auch im **Außenverhältnis** auf die **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland.

Mit **Beitritt** zur **Menschenrechtsorganisation** WAG-**Justiz-Opfer-Hilfe** NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln **wurde** ebenfalls **zweifelsfrei** bestätigt, daß **Angehörige** als **lebende** und **beseelte Menschen** des Interim-Staates **Germanitien** und der **Volksgruppe Gemaniten**
1. **Germanit,** nicht „**deutsch**“, nicht „**wohnhaft**“ sind,
2. die WAG-**Justiz-Opfer-Hilfe** NRW/Deutschland, auch **inkassobevollmächtigt** für alle **Angehörigen** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland **tätig** ist
3. alle **Angehörigen** als **lebende** und **beseelte Menschen** des **Interim-Staates Germanitien**, der **VG Germaniten** und der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland die **Staatsangehörigkeit Germanitien** als ihre **einzige** und **verbindliche Staatsangehörigkeit** erklären und auf diese nach **Völkerrecht** auch **völlig** legitime **Staatsangehörigkeit** auch in Zukunft **nicht** verzichten möchten und somit ihr **gesamtes Vertrauen** ausschließlich dem **Interim-Staat Germanitien** ausgesprochen/**übertragen** wird/**wurde**.

Wir vom **Vorstand** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland haben nun auch **Sie** als **BRD-Erfüllungsgehilfen** in der **o**. **g**. Angelegenheit und als **Inhaber** eines BRD-**Personalausweises**/Reisepasses **ganz persönlich** darüber in Kenntnis gesetzt, dass **Sie** sich **strafbar** machen, wenn **Sie** auch **weiterhin** den **BRD**-Personalausweis/Reisepass **nutzen**/verwenden und oder auf deren **Verwendung** auch weiterhin bestehen und **nicht** umgehend **Ihrer** gesetzlichen **Anzeigepflicht** (vgl. § 138 (**3**) StGB/analog) nachkommen.

Solange **Sie** die **Nachweise** Ihrer gültigen **Rechtsgrundlage** und **Zuständigkeit** in der **o**. **g**. Angelegenheit dem **Vorstand** der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland **nicht** nachgewiesen haben, solange wird **Ihnen** mit **Nichtwissen** unterstellt, dass **Sie** sich **bewußt**/direkt an **Straftaten** zum **Nachteil** Staatsangehöriger mit unmittelbarer **Reichszugehörigkeit** durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) und **lebender** und beseelter **Menschen** als direkte Angehörige der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, **beteiligen**.

Außerdem **ergeht** eine weitere **Besorgnisrüge** gegen **Ihre** Person wegen dem begründeten **Verdacht** der **Anstiftung**/Mittäterschaft an der **Volksverhetzung** (vgl. § 130 StGB/analog) zum **Nachteil** deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) und **lebender** und beseelter **Menschen** als direkte **Angehörige** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln.

Die Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) **verstößt** nach Offenkundigkeit **u**. **a**. auch gegen **Art. 139 GG/analog** und gegen das **gültige Besatzungsrecht** im **Staat** Deutschland.

Nach **§§ 86, 86a StGB/analog** macht sich somit wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ **strafbar**, wer auch **weiterhin** den Personalausweis/Reisepass der **Bundesrepublik Deutschland** mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von **1934** als **Ausweisdokument** benutzt, **verwendet** und/oder auf deren **Verwendung** besteht (vgl. § 138 **StGB**/analog).

Hinweis: Das Grundgesetz **Art. 20** erlaubt hier den **Widerstand** gegen die **Staatsgewalt**, wenn die **demokratische** Grundordnung **nicht** eingehalten wird.

Im Buch **Deutsches Richtergesetz** aus dem Jahre **1973** steht unter dem **§ 9** (Voraussetzungen für die Berufungen der Richter) auf der **Seite 102** folgendes: „ **§ 1** des **Zweiten Gesetzes** zur Regelung von Fragen der **Staatsangehörigkeit** vom **17.05.1956** (BGBL I S. 431) gilt die **deutsche Staatsangehörigkeit** mit Wirkung vom 26.4.1954 **als erloschen**“.

Wie dem Bundesgesetzblatt **Teil II**, Ausgegeben zu **Bonn** am 22. April 1976 zu dem **Übereinkommen** vom 28. September 1954 über die **Rechtsstellung** von **Staatenlosen** vom **12. April 1976** im **Artikel 27** (vgl. Personalausweis) zu entnehmen ist, stellen die Vertragsstaaten jedem **STAATENLOSEN** der sich in ihrem **Hoheitsgebiet** befindet, einen **PERSONALAUSWEIS** aus.

Damit dürfte der **Beweis** erbracht sein, dass den **Staatsangehörigen** mit unmittelbarer **Reichszugehörigkeit** durch **Abstammung** und **Geburt** (vgl. RuStAG 1913) in der **BRD** unter **Vorsatz** mittels der BRD-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ ihre **eigentliche**/tatsächliche **Staatsangehörigkeit** (vgl. Deutsches Reich/**Deutschland**/Germanitien) entzogen/**vorenthalten** wird.

Solange **Sie** als **BRD-Erfüllungsgehilfe** in der **o**. **g**. Angelegenheit dem **Vorstand** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland **Ihre** eigene Staatsangehörigkeit **nicht** nachgewiesen haben, **solange** wird **Ihnen** untersagt, **weiterhin** Anschreiben/Beschlüsse/Urteile/Verfügungen in der **o**. **g**. Angelegenheit und zum **Nachteil** deutscher **Staatsangehöriger** mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) und lebender und beseelter **Menschen** als direkte **Angehörige** der **Menschenrechtsorganisation** WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, zu **übersenden**.

Bis zur **Erbringung** der gültigen **Rechtsgrundlage** und **Ihrer** Zuständigkeit, sowie **Ihrer** Staatsangehörigkeit liegt der **Verdacht** des treuwidrigen Verhaltens als grober **Verstoß** gegen § 242 BGB/analog nahe. Gemäß § 242 BGB Rn-Nr. 17, Palandt Beck'sche Kurzkommentare 65. Auflage 2006 **gilt** der Grundsatz von **Treu** und **Glauben** auch für das **gesamte** öffentliche Recht.

Darüber hinaus werden in der **o**. **g**. Angelegenheit auch **Straftatbestände** berührt, die **u**. **a**. auch einen späteren **Strafantrag,** einen **Antrag** auf ein **Disziplinarverfahren** und eine begründete **Dienstaufsichtsbeschwerde** wegen **Verstoß** gegen nationale/internationale Gesetze (vgl. **u**. **a**. GG Art. 139/analog) gegen **Ihre** Person als **privat** Haftende(r) **nicht** ausschließen.

ANLAGEN ergehen in der o. g. Angelegenheit als N i e d e r s c h r i f t und ausschließlich schriftlich zu Protokoll !

JUSTIZOPFERHILFE · MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER · MIT RECHT IN DIE ZUKUNFT · 1

Rinteln, 25.04.2016
Ort / Datum

Unterschrift: lebender und beseelter Mensch

Dieses Schreiben gegen die **Justiz-Anarchie** und die rechtlose **Willkür** in der Bundesrepublik Deutschland steht nach nationalen/**internationalen** Gesetzen (vgl. **EU**-Recht/**Handelsrecht**) auch **direkt** unter dem **Schutz** der nachstehenden Chartas:

- Resolution der UN – Generalversammlung A/RES/45/120
- Charta von Paris für ein neues Europa
- Charta der Grundrechte von Nizza
- Europ. Charta über die Rechtsstellung der Richterinnen und Richter
- UNO – Resolution der Generalversammlung A/RES/53/144
- EU – Annex doc 10111/06
- UNO – Resolution 217 A (III)
- UN-Behindertenrechtskonvention
- Londoner Charta für Menschenrechte
- Kopenhagener KSZE-Abkommen
- Haager Landkriegsordnung (**HLKO**)

u. **a**.